

Stellungnahme Portigon AG

Seit April 2010 untersuchen behördliche Stellen in den USA, dem Vereinigten Königreich, aber auch auf EU-Ebene mögliche Manipulationen der Libor-Zinssätze. Neben Untersuchungen der Commodity Futures Trading Commission, dem US Department of Justice, der EU Kommission und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht prüfen seit neuestem auch einige Generalstaatsanwaltschaften in den USA mögliches Fehlverhalten der 16 Banken, die im Rahmen des sogenannten BBA-Panels arbeitstäglich Zinsquotierungen am Bankplatz London an die British Bankers Association ("BBA") gemeldet hatten. Nachdem sich die Untersuchungen anfänglich auf die Quotierung der Libor-Zinssätze bezogen, wurden diese zwischenzeitlich durch einige Behörden auf den Bereich der Euribor-Zinssätze ausgedehnt. Die genannten Untersuchungen erstreckten sich dabei zunächst auf den Zeitraum 2007 bis 2008, wurden aber inzwischen teilweise auf den Zeitraum 2002 bis Dezember 2011 ausgedehnt.

Nahezu alle der 16 Banken des BBA-Panels wurden in den USA in sogenannten Sammelklagen wegen angeblicher Manipulation der Libor-Zinssätze verklagt. Die Klagen erstrecken sich derzeit auf einen Zeitraum vom 1. Januar 2006 bis zum 31. Dezember 2009. Der bisher nicht bezifferte Anspruch auf Schadensersatz wird mit dem Vorwurf des kollusiven Zusammenwirkens der Mitglieder des BBA-Panels sowie angeblicher Manipulation und Übermittlung von wissentlich falschen Libor-Zinssätzen durch die Mitglieder des BBA-Panels begründet. Die betroffenen Banken hätten dadurch angeblich ihre tatsächlichen Refinanzierungskosten zu verschleiern versucht und sich darüber hinaus ungerechtfertigte Vorteile im Derivategeschäft verschaffen wollen. Dabei wird die Klage im Hinblick auf die Erkenntnisse über das Vorgehen der Barclays Bank seit neuestem auch auf institutsinterne unlautere Abstimmung und Einflussnahme des Senior Managements der verklagten Institute auf die Zinssatzbestimmung gestützt.

Nach Bekanntwerden der Vorwürfe hat die Portigon zusätzlich zu den laufenden externen Untersuchungen eigene interne Anstrengungen zur Klärung der Anschuldigungen unternommen. Aufgrund dieser Maßnahmen und unter Berücksichtigung der bisherigen Rückmeldungen aus den externen Untersuchungen sowie der in der Presse bekannt gewordenen Prüfungen anderer Institute gehen wir unverändert davon aus, dass eine Beeinflussung der Libor- und Euribor-Zinssätze durch unser Haus nicht stattgefunden hat und zwar weder durch Absprachen mit anderen Häusern oder Brokern noch durch Einflussnahme von Seiten des Senior Managements oder - wegen der organisatorischen Trennung der betroffenen Fachbereiche – aufgrund von regelwidrigen Abstimmungen zwischen einzelnen Bereichen der Bank. Dies gilt auch vor dem Hintergrund der besonderen Umstände der Finanzkrise, während der die von der BBA aufgestellten Grundsätze zur Bestimmung des Libors den Ausnahmecharakter der Situation mit einer außergewöhnlich hohen Volatilität der Märkte und einer allgemeinen Verunsicherung im Verhältnis der Banken untereinander auch nicht annähernd berücksichtigen konnten.

Wir gehen deshalb davon aus, dass die Untersuchungen durch die Behörden und Staatsanwaltschaften keine Anhaltspunkte für eine Manipulation durch Mitarbeiter der ehemaligen WestLB AG ergeben werden.

Hinweisen dürfen wir ebenfalls darauf, dass die Bank aufgrund geringer Marktaktivitäten in den jeweiligen Währungen seit Juni 2010 (GBP-Libor) sowie seit Ende Juli 2011 (US-Dollar-Libor) resp. Anfang Dezember 2011 (Yen-Libor; Euro-Libor) nicht mehr an den jeweiligen Panels teilnimmt.

Wir bitten um Verständnis, dass wir zu den Untersuchungsergebnissen der anderen betroffenen Institute keine Aussagen machen können.